

Willensäußerung in Anspruch nehmen, wird die Illusion der freien Meinungsäußerung evident. Der Willensbekundung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und ihre Unterstützung durch die Regierung in Bonn, gegen die Notstandsgesetze und Atomrüstung oder der Forderung nach Ausmerzung des Neonazismus wird sofort mit den Machtmitteln des Staates begegnet - bis zum Einsatz von Wasserwerfern, Gummiknüppeln und Schußwaffen. So ist es auch bezeichnend, daß der imperialistische Staat alles zum Schutz des Springer-Konzerns aufbot, als sich die Aktionen der demokratischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin gegen diesen mächtigsten Konzern der imperialistischen Meinungsmache und reaktionären Verhetzung richteten. Die Herrschaft des Monopolkapitals braucht die Manipulierung der Meinung, und sie ist unvereinbar mit der Freiheit der Meinungsäußerung, sobald sie von den Bürgern im eigentlichen Sinne wahrgenommen wird, nämlich als Recht, auf die Gestaltung der Gesellschaft Einfluß zu nehmen.

3. *Absatz 1 gewährleistet das Recht jedes Bürgers, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern, und enthält zugleich grundlegende Bestimmungen gegen eine Beschränkung oder Beeinträchtigung dieses Rechts.*

Damit wird jedem Bürger garantiert, in vielfältigen Formen der Meinungsäußerung und -bekundung, des Meinungs austausches und -Streites an der öffentlichen und gesellschaftlichen Herausbildung fundierter Meinungen mitzuwirken, die Grundlage des gemeinsamen Handelns zur Verwirklichung des gesellschaftlich Notwendigen werden. Freie Meinungsäußerung im Sozialismus ist damit das Recht des Bürgers, zur Erkenntnis der Wahrheit als der objektiven Grundlage des gesellschaftlich richtigen Verhaltens und Handelns beizutragen; es umfaßt und schützt alle zur Herausbildung einer richtigen gesellschaftlichen Meinung notwendigen Formen der Meinungsäußerung.

Wie Absatz 1 zum Ausdruck bringt, wird das Recht auf freie und öffentliche Meinungsäußerung den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß garantiert. Diese Grundsätze sind besonders in der Präambel und im Abschnitt I enthalten. In ihnen ist verankert, daß der Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft unbeirrt weiter beschritten wird. Sie besagen, daß alle politische und ökonomische Macht von den Werktätigen ausgeübt wird und daß diese Macht dem